Bürger*innenrat Medien und Demokratie

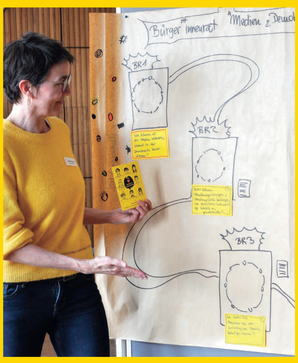
Initiative und Organisation
COMMIT - Community Medien Institut für Weiterbildung, Forschung und Beratung
COMMIT ist die Weiterbildungseinrichtung an der Schnittstelle zwischen nichtkommerziellem Rundfunk, Erwachsenenbildung und Forschung in Österreich.
https://www.commit.at/
Blog zum Bürger*innenrat: **https://medemap.commit.at/**
EU-Forschungsprojekt MeDeMAP: **https://www.medemap.eu/**
Projektleitung: **Helmut Peissl**

Impressum
Herausgeber: **COMMIT – Community Medien Institut**
Prinz-Eugen-Straße 72/Top 1.5, A-1040 Wien
Kontakt: **medemap@commit.at**
Redaktion und Gestaltung: **Laurence Monnot, Helmut Peissl & Andrea Sedlaczek**
Fotos: **COMMIT**
Graphic Recording: **Daniela Ekl** und **Verena Hochleitner**
Illustration und Layout: **Verena Hochleitner**
Wien, Juni 2025

The report is part of the Mapping Media for Future Democracies (MeDeMAP) project, which has received funding from the European Union's Horizon Europe research and innovation action under Grant Agreement No 101094984. The views and opinions expressed in this report are those of the authors only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Research Executive Agency. Neither the European Union nor the granting authority can be held responsible for them.

Funded by the European Union

Wir bedanken uns für die Unterstützung bei:



Moderatorin Ruth Picker zeigt den Weg von der ersten bis zur vierten Sitzung.

Der Weg durch den Bürger*innenrat

Der Bürger*innenrat Medien und Demokratie tagte von März bis Mai 2025 in Wien. An vier Samstagen setzten sich 20 Bürger*innen mit ihren Ansprüchen an Medien auseinander und verabschiedeten 50 Resolutionen zur Stärkung der Rolle der Medien für eine lebendige Demokratie.

Die vier Sitzungen waren jeweils einem eigenen Schwerpunktthema gewidmet:

- Sa., 22. März 2025
  Einführung: Medien und Demokratie
- Sa., 5. April 2025
  Mediensysteme und Medienregulierung
- Sa., 26. April 2025
  Partizipation in und durch die Medien
- Sa., 17. Mai 2025
  Repräsentation in den Medien

Jede Sitzung begann mit einleitenden Beiträgen von Expert*innen aus Forschung und Medien, auf deren Grundlage die Bürger*innen anschließend zentrale Fragestellungen identifizierten. Ausgehend von diesen Fragestellungen erarbeiteten die Bürger*innen ab Sitzung 2 in vier Komitees Resolutionen, die danach im Plenum gemeinsam verabschiedet wurden.

Die verabschiedeten Resolutionen appellieren an Entscheidungsträger*innen aus Politik, Medien und Bildung, vielfältige und demokratiefördernde Medien zu unterstützen.

Das Organisationsteam

Der Bürger*innenrat Medien und Demokratie wurde von COMMIT, dem Community Medien Institut für Weiterbildung, Forschung und Beratung in Wien, im Rahmen des EU-geförderten Forschungsprojekts MeDeMAP organisiert. Finanzielle Unterstützung kam von der ERSTE Stiftung, der Europäischen Demokratie-Hauptstadt Wien, der RTR und dem Europäischen Bürger:innenforum. Die Wiener Volkshochschulen stellten die Sitzungsorte in der VHS Floridsdorf und Ottakring zur Verfügung.
COMMIT Projektteam: **Helmut Peissl** (Gesamtkoordination), **Laurence Monnot** (Organisation und Dokumentation), **Andrea Sedlaczek** (Kommunikation und wissenschaftl. Begleitung), **Laura Derma** (wissenschaftliche Assistenz)
Moderation: **Ruth Picker Consulting** (www.ruthpicker.at; Ruth Picker, Markus Götsch; Rupert Roniger)
Graphic Recording: **Daniela Ekl** und **Verena Hochleitner**

Der Beirat

Als ehrenamtliches beratendes Gremium unterstützte der Beirat mit Rat und Tat vom Aufruf über die Expert*innenauswahl bis zur Verbreitung der Ergebnisse. Im Beirat engagierten sich: **Boris Ginner** (Arbeiterkammer Wien), **Petra Herczeg** (Universität Wien), **Stefan Jagsch** (Die Wiener Volkshochschulen), **Wolfgang Renner** (Wienbibliothek im Rathaus), **Walter Strobl** (Presseclub Concordia), **Helga Tieben** (Wirtschaftskammer Österreich), **Alexander Warzilek** (Österreichischer Presserat).

Das EU-Forschungsprojekt MeDeMAP

Den Hintergrund für den Bürger*innenrat Medien und Demokratie bildet das vom EU-Programm „Horizon Europe" geförderte Forschungsprojekt MeDeMAP – Mapping Media for Future Democracies. Unter der Leitung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) untersuchen Partner in zehn EU-Ländern das Zusammenspiel von Medien und Demokratie und die Ansprüche von Bürger*innen an mehr Beteiligung.

Im Rahmen des Forschungsprojekts fanden parallel Bürger*innenräte zu Medien und Demokratie in Österreich, Irland, Slowenien, der Tschechischen Republik sowie online in Deutschland statt. Die Ergebnisse aller Bürger*innenräte werden Anfang 2026 in Brüssel präsentiert.

Es war bereicherndl, sich in Leute hineinzuversetzen, die anders denken als ich.

*Das ‚Ent-Bubbeln' im Bürger*innenrat war erfrischend und hat Spaß gemacht.*

Die Bürger*innen: Diversität im Mittelpunkt

Der Bürger*innenrat Medien und Demokratie setzt sich aus 20 Bürger*innen im Alter von 19 – 80 Jahren zusammen. Aus 140 Bewerbungen wurde nach Diversitätskriterien eine Gruppe ausgewählt, die die gesellschaftliche Vielfalt nach Alter, Geschlecht, Herkunft, Bildungsstand, Wohnort und gesellschaftspolitischen Einstellungen möglichst breit widerspiegelt. Die Teilnehmer*innen stammen aus Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, der Steiermark und dem Burgenland. Alle Beteiligten haben ihre eigenen Vorstellungen davon eingebracht, wie sich die Demokratie für qualitative und offene Medien einsetzen kann und wie die Medien zu einer besseren Demokratie beitragen können.

Die 20 Bürgerrät*innen: **Karin Aringer, Homa Bazafkan, Dietmar Csitkovics, Erna Dittelbach, Stephan Friedl, Josef Gstaltmeyr, Christina Jaques, Anastasia Knoll, Philip Kruschwitz, Alois Lachinger, Andreas Lechner, Nicole LoBianco, Johann Mühlecker, Andreas Mutschlechner, Julia Riener, Simon Schmidt, Christine Schwab, Fritz Stejskal, Eva Stemberger, Weijie Zheng.**

Die Komiteearbeit im Bürger*innenrat Medien und Demokratie.

Moderation als Schlüssel für gelingende Partizipation

Wenn 20 unterschiedliche Menschen in knapper Zeit Empfehlungen zu einem vielschichtigen Thema erarbeiten sollen, ist das eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Gelingen kann sie, wenn die Gruppe dabei mit methodischem Handwerkszeug und menschlichem Feingefühl unterstützt wird.

Begleitet von den erfahrenen Moderator*innen **Ruth Picker, Markus Götsch** und **Rupert Roniger** arbeiteten die 20 Bürgerrät*innen abwechselnd in Kleingruppen und im Plenum nach den Prinzipien des „Art of Hosting and Harvesting Conversations That Matter (AoH)".

Wichtige Grundsätze dieser Dialogpraxis sind, dass jede*r zu Wort kommt, Urteile ausgesetzt werden, abweichende Meinungen akzeptiert werden und Ideen verknüpft werden. *„Beim Dialog erleben wir, dass Verständigung über Meinungsunterschiede hinweg möglich ist. Wir erleben, wie es ist, das Eigene in Ruhe sagen zu können und gehört zu werden. Wir erfahren die Kraft des tiefen Zuhörens, dass es Platz für alle gibt, und dass viele Grautöne zwischen Schwarz und Weiß liegen. Daraus können Lösungen entstehen, die von allen mitgetragen werden."* (Ruth Picker)

Die Bürgerrät*innen erarbeiten Regeln für ihre Zusammenarbeit.

Demokratie erleben und lernen: Jede Stimme wird gehört, jede Meinung hat Platz.

Lernen mit Expert*innen aus Wissenschaft und Medienpraxis

Jede Sitzung begann mit einer Lernphase für die Bürgerrät*innen. Videos mit Vertreter*innen des Forschungsprojekts MeDeMAP eröffneten den Einstieg in den Tagesschwerpunkt. Expert*innen aus Forschung und Medien in Österreich vertieften diesen danach mit vielfältigen Perspektiven und Fallbeispielen.

Als Expert*innen standen dem Bürger*innenrat zur Verfügung:

- **Josef Trappel,** Kommunikationspolitik u. Medienökonomie, Universität Salzburg
- **Nikolaus Forgó,** Technologie u. Immaterialgüterrecht, Universität Wien
- **Sieglinde Rosenberger,** Politikwissenschaft, Universität Wien
- **Sarah Emler,** Journalistin, ORF-Außenpolitikredaktion
- **Petra Herczeg,** Kommunikationswissenschaft, Universität Wien
- **Otto Tremetzberger,** Festival der Regionen

Als Gäste stellten sich außerdem **Konrad Mitschka** (ORF-Public Value), **Alexander Warzilek** (Österreichischer Presserat) und **Ulli Weish** (Radio Orange 94.0) den Fragen der Rät*innen.

Die Grafikerinnen **Daniela Ekl** und **Verena Hochleitner** illustrierten die Inputs künstlerisch und pointiert und bereicherten so die Reflexion.

Verena Hochleitner illustrierte bei der ersten Sitzung Input und Fragen zu Medien und Demokratie.

Tag 1: Medien und Demokratie

Im Mittelpunkt der ersten Sitzung standen der Einstieg in das Thema und das gemeinsame Arbeiten im Bürger*innenrat. Der Kommunikationswissenschaftler **Josef Trappel** von der Universität Salzburg gab einen Überblick über das Zusammenspiel von Medien und Demokratie. Er unterstrich die Rolle der Demokratie zur Unterstützung der Medienfreiheit und erläuterte die Kernaufgaben der Medien in der Demokratie (Information, Kontrolle, Forum, Partizipation und Repräsentation).

Aufbauend auf dem Austausch berieten die Teilnehmer*innen über erste Themenschwerpunkte, zu denen sie in den nächsten Sitzungen Resolutionen verabschieden wollten.

Mir ist die enorme Bedeutung der Medien als 4. Säule der Demokratie noch bewusster geworden

Es hat gut getan zu erleben, dass sich andere Menschen die gleichen Sorgen über die Zukunft von Demokratie und Medien machen wie ich.

Josef Trappel, Universität Salzburg, führte in der ersten Sitzung in das Thema Medien und Demokratie ein.

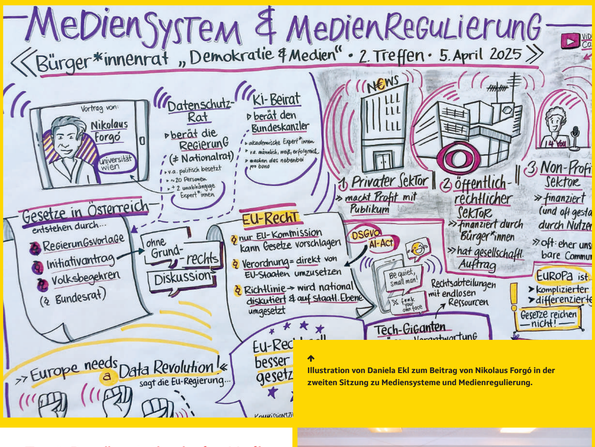


Illustration von Daniela Ekl zum Beitrag von Nikolaus Forgó in der zweiten Sitzung zu Mediensysteme und Medienregulierung.

Journalistin Sarah Emler brachte in der dritten Sitzung Praxisbeispiele für Partizipation in und durch Medien ein.

Tag 2: Mediensysteme und Medienregulierung

In der zweiten Sitzung befassten sich die Rät*innen mit dem Thema „Mediensysteme und Medienregulierung". **Nikolaus Forgó** (Universität Wien) gab anschauliche Einblicke in die Möglichkeiten der Regulierung von Medien und digitalen Plattformen auf nationaler und europäischer Ebene.

Darauf aufbauend entwickelten die Rät*innen Resolutionen zu Qualität von Medieninhalten, Medienbildung, Medienfreiheit und den Ansprüchen an ein europäisches Mediensystem.

Tag 3: Partizipation in und durch Medien

Die dritte Sitzung widmete sich dem Thema „Partizipation in und durch Medien". **Sieglinde Rosenberger** (Universität Wien) betonte die Rolle der Partizipation im demokratischen Prozess sowie den Zusammenhang zwischen Medien, Mediennutzung und Demokratie. ORF-Journalistin **Sarah Emler** zeigte anhand nationaler und internationaler Beispiele, wie Bürger*innen über Leserbriefe, Online-Foren oder Community Radios aktiv Medien mitgestalten können.

In der Entwicklung ihrer Resolutionen befassten sich die Rät*innen mit dem Abbau von Barrieren und der Stärkung von Partizipation auf allen Ebenen.

Tag 4: Repräsentation in den Medien

Die vierte und letzte Sitzung des Bürger*innenrats war dem Thema „Repräsentation in den Medien" gewidmet. **Petra Herczeg** (Universität Wien) erklärte, warum Demokratie Vielfalt braucht, und zeigte auf, wie Medien in einer polarisierten Welt die Meinungsbildung prägen. Dabei wies sie auf Möglichkeiten für mehr Vielfalt in den Medien hin. Anschließend illustrierte **Otto Tremetzberger,** Geschäftsführer des Festivals der Regionen und Medienmacher, die geringe Vielfalt in der österreichischen Medienlandschaft und zeigte auf, wo Verbesserungen dringend nötig wären.

Die Rät*innen griffen diese Fragen in ihren Resolutionen zur Stärkung von Diversität in den Medien und der Gesellschaft auf.

Zum Abschluss reflektierten die Bürger*innen über den gesamten Prozess des Bürger*innenrats und was sie aus der erlebten Teilhabe an Politikgestaltung und Demokratie aus nächster Nähe mitnehmen konnten.

Ein Teilnehmer präsentiert die Resolutionsentwürfe seines Komitees im Plenum.

Graphic-Recorderin Daniela Ekl mit den Expert*innen Petra Herczeg und Otto Tremetzberger bei der vierten Sitzung.

Die Entscheidungsfindung

Wie im Bürger*innenrat gemeinsam Resolutionen erarbeitet und verabschiedet wurden, wurde von den Bürgerrät*innen gemeinsam mit der Moderation in der ersten und zu Beginn der zweiten Sitzung diskutiert und festgelegt.

Vorschläge für Resolutionen wurden zunächst in Komitees erarbeitet, wobei innerhalb des Komitees ein Konsens oder Konsent mit höchstens 1 Vetostimme für jeden Vorschlag erzielt werden musste, um diesen ins Plenum bringen zu können. Anschließend wurden die gesammelten Vorschläge aus den Komitees im Plenum vorgestellt und von allen Rät*innen individuell bewertet. Resolutionen mit begründeten Vetos wurden im Plenum diskutiert und bei Bedarf nachbearbeitet, mit dem Ziel, die Vetostimmen auszuräumen. Nur Resolutionen, die zum Schluss weniger als vier Vetostimmen hatten, wurden verabschiedet.

Der Bürger*innenrat Medien und Demokratie verabschiedete insgesamt 50 Resolutionen zur Stärkung der demokratischen Rolle der Medien, die sich an Entscheidungsträger*innen aus Politik, Medien und Bildung richten.

Wie wird im Komitee gemeinsam eine Resolution erarbeitet, bevor sie im Plenum präsentiert wird?

Die Bürgerrät*innen evaluieren die in den Komitees erarbeiteten Resolutionen.

Bürger*innenrat Medien und Demokratie

Die Resolutionen

Demokratie ist der Rahmen für das Zusammenleben in unserer diversen Gesellschaft. Zur aktiven Beteiligung an der Demokratie benötigen wir Medien, die uns dabei bestmöglich unterstützen. Medien sollen vertrauenswürdige Information bereitstellen, eine Kontrollfunktion gegenüber Machtausübenden wahrnehmen, gesellschaftliche Debatten und Austausch unterstützen, die gesellschaftliche Vielfalt abbilden und die gesellschaftliche Teilhabe aller Bürger*innen unterstützen. Starke Demokratie erfordert daher vielfältige Medien, die den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen von Bürger*innen gerecht werden. Wenn Medienvielfalt und Medienqualität bedroht sind, ist auch unsere Demokratie bedroht.

Unsere Resolutionen richten sich als Forderungen und als Anregungen an Vertreter*innen von Medien, an die Medien- und Bildungspolitik und an Bildungsorganisationen – auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

Die Ergebnisse unserer Beratungen beruhen auf der Grundlage einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Medien und Demokratie und hilfreichen Inputs aus der Wissenschaft und der Medienpraxis. Die grundlegende Fragestellung lautete dabei: „Was muss sich ändern, damit Medien die Demokratie am besten unterstützen?“

Qualität von Medieninhalten sichern

Wir richten uns an: **das Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport (BMWKMS)**

- **1:** Kennzahlenbasierte Medienförderung: Wir fordern, dass die Medienförderung an wissenschaftlich validierte Kennzahlen zu demokratieförderndem Partizipation der Bevölkerung in den Medien und deren Bewertung geknüpft wird. Dafür fordern wir die Beauftragung einer wissenschaftlichen Studie zur Definition von Kennzahlen, welche die Partizipation der Bevölkerung in Medien als Teil von Medienqualität erfassen.
- **2:** Stärkung der inhaltlichen Vielfalt: Im Sinne einer breiteren Repräsentanz von Themen fordern wir die Koppelung der Medienförderungen an die Verpflichtung zu binden, ein festgelegtes Ausmaß von „Minderheitenthemen“ im Gesamtvolumen einzuhalten.
- **3:** Medienbildung durch Medienförderung: Wenn Medienbildung als Training von kritischem Konsum unterschiedlicher Medien betrachtet wird, fordern wir, dass alle Formen von Medienförderung an verpflichtende Beiträge zur Medienbildung gebunden werden.
- **4:** Förderung der Journalist*innen-Ausbildung: Wir fordern die Ausweitung der Förderung für die Journalist*innen-Ausbildung.
- **5:** Förderung von Qualitätsjournalismus: Wir fordern die Deckelung von Inseraten aus öffentlichen Mitteln. Öffentliches Geld soll stärker für die gezielte, transparente und unabhängige Förderung von Qualitätsjournalismus eingesetzt werden.
- **6:** Förderung von Qualitätsjournalismus durch den Presserat: Die Presseförderung soll an eine Mitgliedschaft im Presserat gekoppelt sein.
- **7:** Sicherung von Qualitätsjournalismus durch den Presserat: Der Presserat soll mit Befugnissen zu rechtlichen und finanziellen Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet werden.
- **8:** Förderung von Gratiszeitungen beschränken: Gratiszeitungen, die keinen Qualitätsjournalismus betreiben, sollen keine Förderungen erhalten.
- **9:** Förderung von Community Medien: Der Zugang zur Förderung von nichtkommerziellen Community Medien soll einfacher gestaltet werden.
- **10:** Förderung der Dachverbände von Community Medien: Wir fordern die Ausweitung der Förderung der Dachverbände von Community Medien, damit diese Communities bei der Produktion von Content unterstützen können.
- **11:** Transparenz in der Vergabe von Medienförderungen: Wir fordern den Ausbau der finanziellen und personellen Ressourcen der KommAustria als unabhängige Medienbehörde. Förderentscheidungen sollen von der RTR GmbH zur Komm Austria verlagert werden.
- **12:** Unabhängigkeit in der Vergabe von Medienförderungen: Die Vergabe von öffentlichen Förderungen für Medien soll durch unabhängige Expert*innenbeiräte erfolgen.
- **13:** Repräsentanz in Förderbeiräten stärken: Wir fordern Förderbeiräte, die in ihrer personellen Zusammensetzung politisch unabhängig und fachlich kompetent sind. In der Zusammenstellung müssen persönliche Betroffenheit in Bezug auf Diversitätsmerkmale, v.a. Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Herkunft, Religion usw. Berücksichtigung finden.
- **14:** Transparenz zur Förderungsvergabe: Für mehr Transparenz bezüglich der Vergabe von Förderungen fordern wir die Erstellung von öffentlich zugänglichen Rechenschaftsberichten zu Medienförderungen in Hinsicht auf die Anwendung von Vergabekriterien, die Förderhöhen und die Verantwortlichen für die Entscheidungen sowie die Erstellung einer öffentlich zugänglichen Datenbank, wo die Rechenschaftsberichte veröffentlicht werden.

Wir richten uns an: **Medienunternehmen**

- **15:** Transparenz zur Förderungsvergabe in den Medien: Für mehr Transparenz bezüglich der Vergabe von Förderungen fordern wir von geförderten Medienunternehmen, in regelmäßigen Abständen Hinweise auf erhaltene Förderungen und die Förderungsdatenbank zu veröffentlichen.
- **16:** Qualität von Informationen in Medien sichern, verbessern und sichtbar machen: Die Trennung von fakten- und meinungsbasierten Inhalten (z. B. Bericht und Kommentar) soll in allen Medien klarer erkennbar gemacht werden.
- **17:** Förderung der Weiterbildung von Journalist*innen: Wir fordern die vermehrte Schaffung von kostenfreien Weiterbildungsangeboten für journalistische Mitarbeiter*innen (z. B. zur Verwendung einfacher Sprache).
- **18:** Direkte Kommunikationslinie in der EU-Berichterstattung: Wir fordern österreichische Medien, die über die EU berichten dazu auf, sich in Brüssel akkreditieren zu lassen.

Wir richten uns an: **den Österreichischen Presserat**

- **19:** Volksbegehren zur Medienqualität: Wir fordern den Presserat dazu auf, in Rücksprache mit dem Bürger*innenrat Medien und Demokratie ein Volksbegehren zu initiieren, das die Steigerung der Medienqualität einfordert und die Aufmerksamkeit für das Thema in der Gesellschaft erhöhen will.

Partizipation und Zugänge fördern

Wir richten uns an: **Gemeinden und das Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport (BMWKMS)**

- **20:** Abbau finanzieller Barrieren durch den erleichterten Zugang zur Nutzung von Qualitätsmedien: Wir fordern die Auflage von Qualitätszeitungen an Gemeindeämtern und anderen öffentlichen Orten, z.B. Freibäder, Pensionist*innenclubs, Ärzt*innenpraxen. Die Mittel zum Ankauf der Qualitätszeitungen sollen im Rahmen der Qualitäts-Journalismus-Förderung bereitgestellt werden, analog zu den bestehenden Ankaufsmöglichkeiten von Zeitungen für Schulen.
- **21:** Erleichterter Zugang zur zeitunabhängigen Nutzung von Qualitätsmedien: Wir fordern die Schaffung geeigneter Formen des Online-Zugangs zu Qualitätszeitungen über QR-Codes, die an Gemeindeämtern und anderen öffentlichen Orten, z.B. Freibäder, Pensionist*innenclubs, Ärzt*innenpraxen zur Verfügung gestellt werden. Die Bereitstellung der Online-Zeitungen soll im Rahmen der Qualitäts-Journalismus-Förderung gesichert werden.

Wir richten uns an: **Medienunternehmen**

- **22:** Abbau finanzieller Barrieren im Zugang zu Medien: Wir fordern Medienunternehmen dazu auf, analog zum Modell des „Caffè sospeso“ „Medio sospeso“, das heißt gespendete Zeitungs-Abonnements für sozial benachteiligte Personen anzubieten und zu bewerben.
- **23:** Implementierung von Übersetzungstools für Online-Medien: Wir fordern die Implementierung von Übersetzungstools für die Online-Berichterstattung (z.B. Online-Artikel und Videos), um journalistische Inhalte für Sprecher*innen unterschiedlicher Sprachen zur Verfügung zu stellen.
- **24:** Niederschwellige (lokale) Angebote zur aktiven Beteiligung in Medien: Wir fordern die Veranstaltung von Bürger*innenforen zu lokalen Themen und die Nutzung von Infoständen bei öffentlichen Veranstaltungen und an öffentlichen Plätzen, um Menschen aktiv in Medien zu beteiligen.
- **25:** Politisches Interesse fördern: Wir fordern Medienunternehmen und politisch engagierte Akteur*innen zu einer öffentlichkeitswirksamen Kommunikation von Best-Practice-Beispielen von politischer Partizipation auf, um mehr Interesse für Beteiligungsprozesse zu wecken.

Wir richten uns an: **das Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport (BMWKMS)**

- **26:** Sprachbarrieren abbauen: Wir fordern mehr Informationssendungen, zum Beispiel Nachrichten, Veranstaltungen und Publikationen in nicht-deutscher Sprache (v. a. in Sprachen von migrantischen Communities), in einfacher Sprache und in Gebärdensprache. Nichtkommerzielle Medien sollen dafür spezielle Förderungen erhalten und öffentlich-rechtliche Medien sollen dazu verpflichtet werden.
- **27:** Innovative Formate für Politik-Journalismus: Wir fordern gesetzliche Grundlagen zur Förderung von kreativen & innovativen Formaten in Medien, die den demokratischen Entscheidungsprozess der Gesetzgebung anschaulich und transparent darstellen.

Wir richten uns an: **Gemeinden/Bezirke**

- **28:** Räumliche Barrieren abbauen: Wir fordern die Förderung von kreativen Projekten für aufsuchende Medienarbeit in öffentlichen Räumen mit Fokus auf lokalen Themen (am Beispiel vom Radio Truck von Cap Radio in Kalifornien).
- **29:** Niederschwellige lokale Angebote, um Menschen für politische Partizipation zu motivieren: Wir fordern Gemeinden und lokale zivilgesellschaftliche Organisationen zur Veranstaltung von Bürger*innenforen zu lokalen Themen und zur Nutzung von Infoständen bei Veranstaltungen und an öffentlichen Plätzen auf, um Menschen zur politischen Partizipation zu motivieren.
- **30:** Sachliche Berichterstattung zu politischen Themen auf Gemeindeebene: Wir fordern eine sachliche Berichterstattung zu politischen Themen auf Gemeindeebene (z. B. über Gemeinderatssitzungen) in Medien, die von der Gemeinde gestaltet oder beauftragt werden (z.B. auf sozialen Medien-Plattformen, in Podcasts, usw.).

Wir richten uns an: **das Bundesministerium für Bildung (BMB) und das Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF)**

- **31:** Ideologische „Spaltung“ in der Gesellschaft abbauen: Wir fordern die Förderung von Diskussions- und Debattierclubs in Schulen und in der Erwachsenenbildung mit dem Ziel, Meinungsvielfalt als Chance zu begreifen.

Wir richten uns an: **die Bundesländer und den Bund**

- **32:** Förderung von Dialogräumen: Wir fordern die Unterstützung von Gemeinden bei der Schaffung von Dialogräumen für Bürger*innen (unter Verwendung eines Losprinzips), um die kritische Nutzung von Medien und den gesellschaftlichen Diskurs zu fördern und damit zu einer „Ent-Bubbelung“ in der Gesellschaft beizutragen.

Wir richten uns an: **den ORF**

- **33:** Bereitstellung von Diskussionsräumen in öffentlich-rechtlichen Medien: Wir fordern, dass in Fernsehsendungen zur Hauptsendezeit gesellschaftsrelevante Themen in einer großen Meinungsbreite diskutiert werden (zum Beispiel Reflexion der Corona-Maßnahmen, Bedarf an leistbarem Wohnraum, usw.). Wir betrachten solche Sendungen als einen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Voraussetzung für ein Gelingen wären speziell geschulte Moderator*innen und eine Einladungspolitik, die unterschiedlichen, aber stets faktenbasierten Meinungen Raum gibt.

Medienbildung für alle

Wir richten uns an: **das Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport (BMWKMS)**

- **34:** Medienbildung im öffentlich-rechtlichen Auftrag des ORF: Wenn Medienbildung als Training von kritischem Konsum unterschiedlicher Medien betrachtet wird, fordern wir eine fixe Verankerung von Medienbildung im öffentlich-rechtlichen Auftrag des ORF, z. B. durch einen prozentualen Anteil an der Sendezeit.

Wir richten uns an: **das Bildungsministerium (BMB)**

- **35:** Medienbildung in den öffentlichen Bildungseinrichtungen: Wenn Medienbildung als Training von kritischem Konsum unterschiedlicher Medien betrachtet wird, fordern wir die Verankerung von Medienbildung in öffentlichen Bildungseinrichtungen so früh wie möglich im Bildungsweg, wofür entsprechende Ressourcen (Personal, Know-how) zur Verfügung gestellt werden sollen.
- **36:** Medienzentren: Wir fordern die bundesweite Ausweitung der Förderung von freizeitpädagogischen Projekten zur Vermittlung von Kompetenzen und der Kreativität im Medienbereich. Als Modell kann hier das Medienzentrum der Stadt Wien dienen.

Wir richten uns an: **Einrichtungen und Trägerorganisationen der allgemeinen Erwachsenenbildung, z. B. die Volkshochschulen (VHS)**

- **37:** Medienkompetenzkurse in der Erwachsenenbildung: Wir fordern die Schaffung von vermehrten Angeboten zur niederschwelligen Vermittlung von Medienkompetenz in unterschiedlichen Sprachen. Dazu fordern wir die vermehrte Schaffung von Kooperationsmöglichkeiten von Einrichtungen der allgemeinen Erwachsenenbildung (z.B. Volkshochschulen) mit zivilgesellschaftlichen Vereinen (wie z.B. Fußballvereinen, Kulturvereinen, Diasporavereinen).

Wir richten uns an: **den Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF)**

- **38:** Mittel für Medienkompetenzkurse: Wir fordern die Bereitstellung von Budgetmitteln zur Finanzierung von mehrsprachigen Medienkompetenzkursen.

Repräsentation und Diversität

Wir richten uns an: **das Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport (BMWKMS)**

- **39:** Diversity, Equity und Inclusion (DEI) in Redaktionen: Zur Sicherstellung der Prinzipien Diversity, Equity und Inclusion (DEI) in Redaktionen fordern wir eine gesetzliche Grundlage für die verpflichtende Umsetzung von Quotenregelungen für alle nicht-fachspezifischen bzw. themenspezifischen Medienunternehmen.

Wir richten uns an: **Medienunternehmen**

- **40:** Diversität in den Redaktionen: Um den Anspruch auf Diversität und Vielfalt in Medien zu erfüllen, fordern wir, dass sich die Diversität der Bevölkerung in den Redaktionen widergespiegelt. Hierzu fordern wir Medien dazu auf, entsprechende Anreizprogramme z. B. Praktika, Trainingsprogramme zu schaffen.
- **41:** Sichtbarmachung von unterrepräsentierten Gruppen: Wir fordern Medienunternehmen dazu auf, mehr Community Arbeit mit unterrepräsentierten Gruppen zu betreiben (z. B. durch aktives Zugehen auf Vertreter*innen der Gruppen, die Einbeziehung bei der Themenfindung, die Einladung als Gesprächspartner*innen).
- **42:** Diversität bei Empfänger*innen erhöhen: Zur Stärkung einer diverseren Berichterstattung in den Medien, die auch bei den Empfänger*innen ankommt, sollen Medien Minderheitenthemen so aufbereiten, dass sie den Bedürfnissen und Anforderungen der betroffenen Gruppen entsprechen.

Wir richten uns an: **den ORF**

- **43:** Stärkung der Berichterstattung aus den Gemeinden: Wir fordern den ORF auf, österreichweit in den Regionalprogrammen mindestens 8 Minuten pro Tag über lokale/regionale Veranstaltungen zu berichten, die auf Anregungen aus der Bevölkerung basieren.
- **44:** Darstellung der Vielfalt der österreichischen Gesellschaft: Wir fordern Sendungen im ORF-Hauptabendprogramm, die die Vielfalt der in Österreich lebenden Menschen widerspiegeln, z.B. respektvolle Dokumentationen über Familien/Einzelpersonen (wie „Alltagsgeschichten“), in denen Vertreter*innen aus Stadt/Land gleichermaßen vorkommen.

EU und Digitale Plattformen

Wir richten uns an: **die EU-Kommission**

- **45:** Qualitätssicherung des Europäischen Mediensystems: Wir fordern ein europäisches Mediensystem, das nach relevanten Qualitätskriterien und europäischen Werten gefördert wird.
- **46:** Unterstützung der Zivilgesellschaft in EU-Mitgliedsstaaten mit bedrohter Medienfreiheit: Wir fordern die Schaffung eines finanziellen Rahmens für die Unterstützung der Zivilgesellschaft und von NGOs in EU-Mitgliedsstaaten mit bedrohter Medienfreiheit zum Zweck der
  – Unterstützung des unabhängigen Journalismus
  – Produktion und Verbreitung von Inhalten in Medien
  – Schaffung von Austauschmöglichkeiten mit Journalist*innen in anderen EU-Staaten.
- **47:** Besteuerung der großen Medien und digitalen Plattformen: Wir fordern die qualitätsabhängige Besteuerung von großen Medien inklusive Digitaler Plattformen durch die EU.
- **48:** Qualität von Informationen auf Digitalen Plattformen sichern, verbessern und sichtbar machen: Wir fordern eine Verpflichtung der Digitalen Plattformen zur Offenlegung ihrer Algorithmen sowie die Kennzeichnungspflicht bei Inhalten, die von Bots erstellt wurden. Die Eröffnung von Konten erfordert die persönliche Identifizierung und das Mindestalter von 14 Jahren. Die persönlichen Daten sollen verschlüsselt hinterlegt werden und nur im Falle von strafrechtlicher Verfolgung den Behörden zugänglich gemacht werden.
- **49:** Verpflichtende Moderation von Beiträgen auf digitalen Plattformen: Wir fordern die Entwicklung von Konzepten als Basis für eine gesetzliche Regelung zur Entfernung strafrechtlich relevanter öffentlichkeitswirksamer Beiträge und Kennzeichnung problematischer öffentlichkeitswirksamer Beiträge.

Wir richten uns an: **Social Media-Konzerne und die Europäische Union**

- **50:** Demokratiefördernde Algorithmen: Wir fordern, dass Algorithmen von digitalen Plattformen so angepasst werden, dass das Entstehen und Verhärten von Bubbles entschärft wird. Dadurch soll Diversität und Meinungsvielfalt gestärkt werden.